Landeshauptstadt
München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Prof. Dr. (Univ. Florenz)
Elisabeth Merk
Stadtbaurätin

I. An Herrn Stadtrat Dirk Höpner
Rathaus

29.06.2026

Studie: Ruhrpott am lebenswertesten - Metropolregion München Schlusslicht - Verpuffen unsere Infrastruktur-Milliarden wirkungslos?

Schriftliche Anfrage gem. § 68 GeschO
Anfrage Nr. 20-26 / F 01481 von Herrn StR Dirk Höpner
vom 11.02.2026, eingegangen am 11.02.2026

Sehr geehrter Herr Kollege,

mit Schreiben vom 11.02.2026 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird.

In Ihrer Anfrage fragen Sie Herrn Oberbürgermeister, wie es sein kann, dass die Metropolregion München in einer vom Regionalverband Ruhr beauftragten Studie zu der Frage „Wo lebt es sich am Besten?“ vor allem im Vergleich zur auftraggebenden-Region so schlecht abschneidet. Im Detail stellen Sie Herrn Oberbürgermeister folgende Fragen:

Frage 1
„Abgesehen davon, dass der Auftraggeber der Regionalverband Ruhr ist und manche(r) denken könnte, dass diese Region in der Studie deshalb besonders gut wegkommt – die Studie wird jedenfalls wissenschaftlichen Standards genügen. Das Ergebnis sieht für uns nicht gut aus. Auf München alleine (das als Kernbereich der Region positiver gesehen wird) kommt es nicht an; es geht um die Metropolregion als Ganzes. Wie bewerten Sie das Ergebnis?“

Antwort
Die Region Ruhr unterscheidet sich strukturell sehr stark von der Metropolregion München. Weil Faktoren wie etwa die Erreichbarkeit von Kultur- und Freizeiteinrichtungen in der Studie stark gewichtet werden, schneiden polyzentrale oder kompaktere Regionen wie das Ruhrgebiet oder die Region Rhein-Neckar in der Bewertung besser ab, als Regionen, die auf ein oder wenige starke Zentren ausgerichtet sind, wie etwa die Metropolregionen Hamburg oder München. Wir befinden uns also als „Verlierer“ in einigen Kategorien der Studie in guter Gesellschaft, sehen uns aber auch bestätigt in unseren laufenden Aktivitäten, auf den genannten Feldern aufzuholen.

Frage 2
„Wir geben zusammen mit unseren Nachbargemeinden und -landkreisen Unsummen aus für Wohnen, Soziales, Infrastruktur, ohne dass sich Entscheidendes verbessert. Die Ausgaben für Infrastruktur übersteigen in München die Gewerbesteuereinnahmen – eine endlose Auf-

wärtsspirale. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis ist verheerend. Verpuffen die Infrastruktur-Milliarden, die die Region ausgibt, also wirkungslos?“

Antwort
Es ist unbestritten, dass die Investitionen in Wohnen, Soziales und Infrastruktur in einer wachsenden Stadt wie München erheblich sind und dass sich die Landeshauptstadt andererseits wie alle deutschen Kommunen in einer herausfordernden finanziellen Lage befindet.

Die hohe Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität der Landeshauptstadt und der Region München haben in den vergangenen Jahren für einen kontinuierlichen Zuzug gesorgt. Dies führte auch zu einer hohen und weiter steigenden Nachfrage nach Flächen für den Wohnungsbau, die Infrastrukturversorgung und Freiräume.

Die kommunalen Investitionsprogramme für diese Themen waren z. B. die Schulbauoffensive und das wohnungspolitische Handlungsprogramm Wohnen in München. Dadurch wurden erhebliche Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und die Versorgung der Bevölkerung mit (bezahlbarem) Wohnraum bereitgestellt. Die Landeshauptstadt München arbeitet kontinuierlich an einer strategischen Priorisierung der großen Investitionsmaßnahmen und steht dazu auch thematisch im Austausch mit der Region, um Synergien zu nutzen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Die Stadtkämmerei ergänzt zur Frage der städtischen Investitionen in den genannten Handlungsfeldern, dass die Aufgabenschwerpunkte im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2025 bis 2029 ein Gesamtvolumen von 12.938 Mio. € umfassen und sich aufgliedern in folgende Handlungsfelder:

Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen	3.752 Mio. €	29,0%
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	1.975 Mio. €	15,3%
Straßen- und Brückenbau	754 Mio. €	5,8%
Kultureinrichtungen	291 Mio. €	2,3%
Wohnungsbau (inkl. WIM)	1.516 Mio. €	11,7%
Sonstige Baumaßnahmen (z.B. Feuerwachen)	910 Mio. €	7,0%
Gewinnrückführung Stadtwerke München	700 Mio. €	5,4%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (z.B. allg. Grundvermögen)	1.150 Mio. €	8,9%
Klima- und Umweltschutz	438 Mio. €	3,4%
Sonstige Maßnahmen außerhalb der o.g. Schwerpunkte (insb. Pauschalen und Investitionsfördermaßnahmen)	1.452 Mio. €	11,2%
Gesamtvolumen	**12.938 Mio €**	**100%**

Zur Frage der Relation der Gewerbesteuereinnahmen zu den Infrastrukturkosten stellt die Stadtkämmerei klar, dass sich bezogen auf das final vorliegende Rechnungsergebnis des Haushaltsjahres 2024 die „Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“ auf etwa 2,57 Mrd. Euro belaufen, während die Gewerbesteuereinnahmen eine Summe von rund 3,37 Mrd. Euro erreichten. Demzufolge haben die Gewerbesteuereinnahmen im Bezugsjahr 2024 die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit deutlich um rund 0,8 Mrd. Euro überstiegen.
Zu der Frage zur Forderung, dass die wachstumsgenerierten Einnahmen die wachstumsgenerierten Ausgaben decken müssen, sei darauf verwiesen, dass die Landeshauptstadt München als bayerische Kommune den Haushaltsgrundsätzen der Bayerischen Gemeindeordnung (BayGO) sowie der Kommunalhaushaltsverordnung (KommHV-Doppik) unterliegt. Diese Prinzipien gewährleisten eine transparente, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Finanzverwaltung der Stadt. Der Haushaltsausgleich erfordert, dass die Erträge die Aufwendungen decken (ausgeglichener Ergebnishaushalt). Darüber hinaus fließen die oben dargestellten Auszahlungen in großem Umfang in Maßnahmen, von denen die gesamte Stadtgesellschaft profitiert.

Frage 3
„Setzen wir beim Geld ausgeben den falschen Fokus? Anders gesagt: Wie müsste Politik in der Region München aussehen, damit die wachstumsgenerierten Einnahmen die wachstumsbedingten Ausgaben übersteigen?“

Antwort
Nicht nur die polyzentrale Struktur, sondern auch flächendeckende oder sogar über die jeweils untersuchte Region hinausgehende Verkehrsverbünde begünstigen das Abschneiden der so ausgestatten Regionen in der Studie. Solche Strukturen entstehen weder von heute auf morgen, noch allein durch reichhaltige Finanzausstattung, sondern durch Zusammenschlüsse, die auf gegenseitigem Vertrauen und politischem Willen zur Zusammenarbeit aufbauen. Daher ist die Metropolregion München auf einem guten Weg, in diesen Kategorien aufzuholen, beispielsweise durch die Erweiterungen des MVV-Raums, neue Verkehrsbündnisse wie die Münchner Zukunft Mobilität - MZM oder die Internationale Bauausstellung IBA-M mit ihrem regionalen Umgriff und dem Schwerpunkt der Mobilität.
Zur Frage nach den die Ausgaben deckenden Einnahmen siehe Antwort zu Frage 3.
Es fällt außerdem auf, dass die in der Studie besonders positiv bewerteten Regionen diejenigen sind, in denen die langjährigsten oder mit den meisten Kompetenzen ausgestatteten Regionalverbände wirken dürfen. So ist der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk mit seinem Gründungsdatum 1920 die älteste Raumplanungsbehörde in ganz Deutschland, der Verband Region Stuttgart ist Träger des regionalen Schienen-Nahverkehrs.
Hier setzt sich die Landeshauptstadt München sowohl im Verein Europäische Metropolregion – EMM e.V. wie in den zahlreichen weiteren regionalen Verbänden, Vereinen und Kooperationen dafür ein, dass Herausforderungen wie die Wohnraumversorgung oder der bedarfsgerechte Infrastrukturausbau in der Region gemeinsam gelöst werden und schreitet voran, wenn es gilt, entsprechende Initiativen zu verstetigen. Diese Politik der Kooperation kann aber nur gemeinsam mit den Partner*innen in der Region wirksam werden und nicht von München allein bestimmt oder gestemmt werden.

Frage 4
„Würden Sie die Anstrengungen unterstützen, Lebensqualität und Bezahlbarkeit wiederherzustellen und dafür etwas vom ‚Glanz' der ‚Metropole für Geldige' aufzugeben?"

Antwort
Lebensqualität und Bezahlbarkeit und damit die hier im Hintergrund anklingenden gleichwertigen Lebensverhältnisse sowohl in ländlichen als auch urbanen Räumen werden nicht dadurch befördert, dass kommunale Entscheidungsträger*innen willentlich ihre Kommunen herunterwirtschaften. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, mit den Standortvorteilen (und -nachteilen!) so umzugehen, dass in Verantwortung für alle Bürger*innen gute Daseinsvorsorge betrieben wird, bei kommunale Grenzen überschreitenden Aufgaben und Zusammenhängen auch für die Bürger*innen der Nachbarkommunen.
Deshalb erscheint es erfreulich, dass es im Ruhrgebiet trotz der massiven Herausforderungen der Vergangenheit durch den Strukturwandel weg von der Montanindustrie offenbar möglich war, die Kommunen und die Region Ruhr so gut aufzustellen, wie es die Studie herausgefunden hat

Zuletzt sei die Bemerkung gestattet, dass die Studie mit den deutschen Metropolregionen Räume untersucht, die insgesamt sehr gut ausgestattet sind, auch wenn sich im Vergleich untereinander natürlich Unterschiede ergeben. Metropolregionen und ihre Kommunen tragen gemeinsam wesentlich zum Erfolg des Standorts Deutschland bei. Wo sich ein Wettbewerb anbietet, wie bei dem laufenden Bewerbungsverfahren um Olympische Spiele in Deutschland, nehmen wir den Wettbewerb sportlich auf und sehen die Studie vor diesem Hintergrund auch als Versuch, im Vergleich München – Hamburg – Berlin – Ruhrgebiet auf geeigneten Feldern Augenhöhe oder Vorteile zu konstruieren. In dem gemeinsamen Anliegen der Kommunen gegenüber dem Bund, die kommunalen Finanzen wieder so auszustatten, dass sie mit den immer kostenträchtigeren Aufgabenübertragungen mithalten können, ziehen wir jedoch alle an einem Strang.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. (Univ. Florenz)
Elisabeth Merk
Stadtbaurätin